

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 323—324.

Nachdem sich der *Notenumlauf* im ersten Halbjahr 1949 bemerkenswert stabilisiert hatte (die monatliche Umlaufausweitung betrug durchschnittlich 27 Mill. S gegenüber 183 Mill. S im Jahre 1948) stieg er im Juli neuerdings sprunghaft um rd. 200 Mill. S auf 5.996 Mill. S. Die starke Zunahme ist teils auf den erhöheten Bargeldbedarf der Wirtschaft infolge des dritten Preis-Lohn-Abkommens und teils auf vorübergehend niedrigere Eingänge auf den ERP-Konten zurückzuführen. Um die gesteigerte Kreditnachfrage der Wirtschaft zu befriedigen, zogen die Kreditinstitute rd. 120 Mill. S von ihren freien Giroguthaben bei der Nationalbank ab und legten ihr für rd. 71 Mill. S Wechsel. (davon rd. 69 Mill. S „Wiederaufbauwechsel“) zur Finanzierung vor. Außerdem übernahm die Nationalbank von den Kreditinstituten und vom Fiskus einen beträchtlichen Posten (insgesamt rd. 218 Mill. S) Besatzungskostenschatzscheine. (Das Portefeuille der Nationalbank an Besatzungskostenschatzscheinen hat sich damit bis Ende Juli auf 1.143 Mill. S erhöhet.) Das Devisenkonto der Nationalbank stieg um rd. 22 Mill. S (auf rd. 151 Mill. S)¹⁾. Auf den freien Giroguthaben des Staates lief ein verhältnismäßig hoher Betrag von rd. 210 Mill. S ein (vermutlich infolge erhöhter Steuereingänge und der Freigabe von rd. 75 Mill. S aus dem ERP-Fonds). Dagegen waren die Eingänge auf dem Konto Hilfsfonds mit rd. 30 Mill. S gegenüber 223 Mill. S im Durchschnitt des ersten Halbjahres 1949 nur gering. Die umlaufvermindernde Wirkung der Zunahme der freien Giroguthaben öffentlicher Stellen konnte die aus der Bewegung der übrigen Posten des Nationalbankausweises resultierenden Expansion des Notenumlaufes nur teilweise kompensieren.

Die *Einlagen* bei den Kreditinstituten nahmen auch im Juni weiter zu. Vom Zuwachs um rd.

¹⁾ Die übrigen Aktivposten im Nationalbankausweis haben sich nur geringfügig geändert (Bundesschatzscheine nach § 27 Wahrungsschutzgesetz plus 3 Mill. S, Teilmunzen minus 1 Mill. S, Darlehen gegen Handpfand plus 7 Mill. S).

184 Mill. S entfielen rd. 10 Mill. S auf Spareinlagen (neuer Stand 1.562 Mill. S) und rd. 174 Mill. S auf Scheckeinlagen (5.330 Mill. S). Die relativ geringe Zunahme der Spareinlagen dürfte auf saisonbedingte Einflüsse (Abhebungen für Urlaube, Geldknappheit in der Landwirtschaft bis zum Verkauf der Ernte) und auf die Verwendung von Sparguthaben zur Anleihezeichnung zurückzuführen sein.

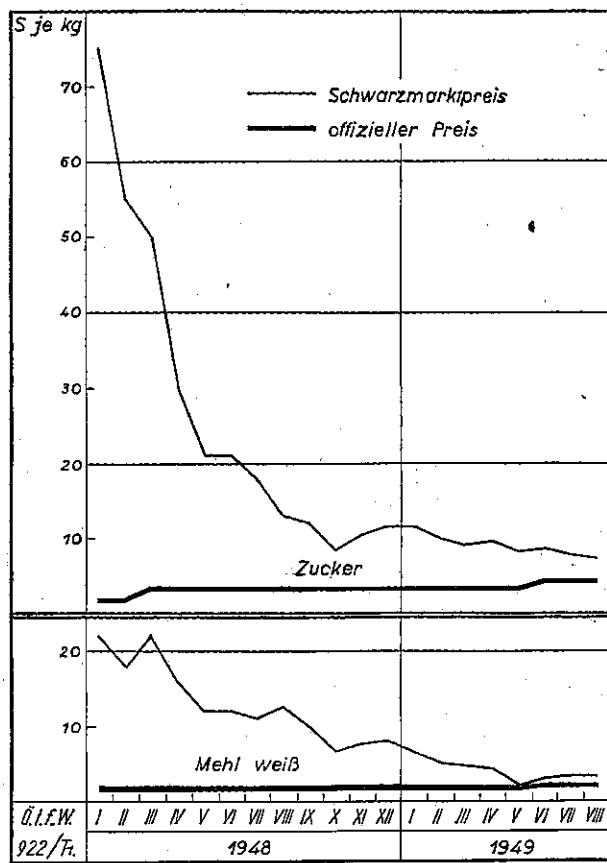
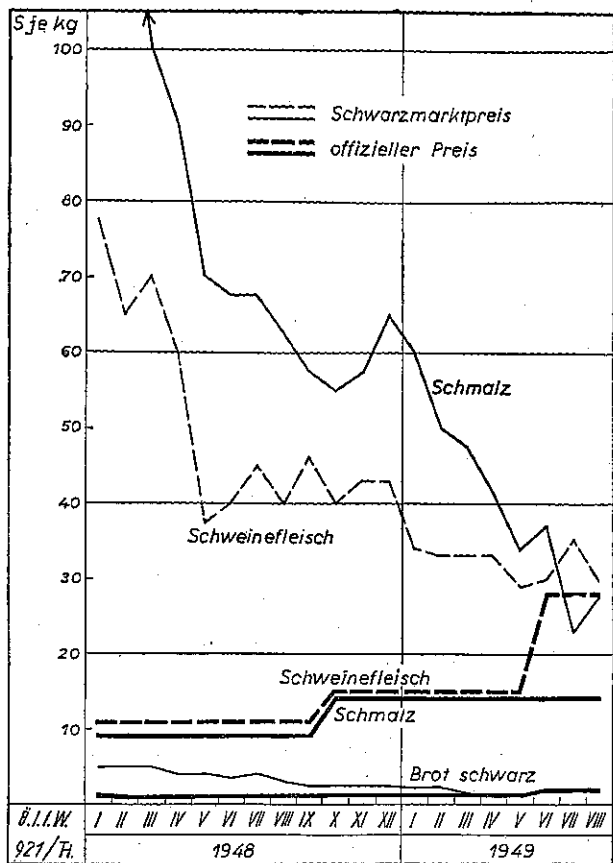
Auf dem *Kapitalmarkt* hält die seit Auflegung der Aufbauanleihe beobachtete Kurstendenz — wenn auch abgeschwächt — an. Der Kursindex der *festverzinslichen Werte* sank neuerlich um 1% auf 84,7 (Mitte Mai 94,6) und die Bundesschuldverschreibungen 1947 erreichten am 22. August mit 39 S pro 100 S Nominale einen neuen Tiefstand. Die teilweise zur Zeichnung der Aufbauanleihe verwendbare Reichsanleihe 1938/I hielt sich im wesentlichen unverändert auf 17,50 S pro 100 RM Nominale. Die Anleihezeichnung dürfte demnach seit einem Monat ziemlich kontinuierlich von statten gehen. Neben dem privaten Publikum haben auch öffentliche Körperschaften, meist unter Verwendung alter Reichsanleihe (Arrosionszeichnung) größere Beträge gezeichnet (z. B. die Gemeinde Wien 4 Mill. S und der Gewerkschaftsbund 5 Mill. S). Auf dem *Aktienmarkt* setzt sich ebenfalls ein über das saisonbedingte Ausmaß hinausgehender Kursfall fort. Der Kursindex von 23 Industrieaktien, der im Juli den bisher tiefsten Stand erreicht hatte, sank infolge von Kursverlusten in der Bau-, Brau- und Papierindustrie um weitere 0,7% (auf 269,9; März 1938 = 100).

Löhne, Preise, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 325—327

Im August blieb der Index der *Arbeiternetto-tariflohne* unverändert auf 416,5 (April 1945 = 100). Im Index der *Arbeiternettoverdienste*, der erst für Juli vorliegt, kommen erstmalig die Lohnerhöhungen des dritten Preis-Lohn-Abkommens zum Ausdruck: die Indexziffer stieg von 349,8 auf 384,0 (August 1938 = 100). Im Juli dürften die Nettoverdienste weiter gestiegen sein, da im Index für Juni noch

Die Entwicklung der offiziellen und der „schwarzen“ Preise wichtiger Nahrungsmittel in Wien



Die Spanne zwischen den offiziellen und den „schwarzen“ Preisen hat sich seit der Währungsreform zunehmend verengt. Schwarzbrot ist praktisch bereits frei erhältlich. Bei weißem Mehl ist der nur geringfügig höhere Schwarzmarktpreis ausschließlich auf Qualitätsunterschiede zurückzuführen. Echte Schwarzmarktpreise werden nur noch für Schmalz, Schweinefleisch und Zucker bezahlt. Aber auch bei diesen Produkten ist die Spanne zwischen offiziellen und „schwarzen“ Preisen bereits sehr gering.

nicht alle Lohnerhöhungen erfasst wurden¹⁾. Außerdem sind die neuen Sätze der Lohnsteuer erst im Juli in Kraft getreten.

Die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen ausgelösten Preissteigerungen kommen allmählich zum Stillstand. Nur bei nachfrageunelastischen Gütern sowie auf Märkten mit beschränkter Konkurrenz waren noch vereinzelt Preissteigerungen zu beobachten.

Teilweise werden Preiserhöhungen sogar von amtlichen Stellen dekretiert oder zumindest unterstützt. So wurde der Kilometer tarif der Autobusse von 15 auf 16 g hinaufgesetzt, obwohl ein Teil der privaten Autobusunternehmer auf Preiserhöhungen verzichten wollte. Sie wurden jedoch auf Initiative der Österreichischen Bundesbahnen durchgesetzt, die

¹⁾ Der Index erfasst die Verdienste, die in der ersten Woche eines Monats ausbezahlt werden; er enthält daher auch Arbeitsentgelte, die bereits im Mai verdient, aber erst im Juni ausbezahlt wurden.

sowohl aus allgemeinen Konkurrenzgründen als auch wegen ihrer eigenen Autobuslinien eine Fahrpreiserhöhung begünstigten und ihren Wünschen über das Bundesministerium für Verkehr Nachdruck verleihen konnten²⁾. Ebenso dürfte das in letzter Zeit beobachtete Steigen der Gemüsepreise in Wien nur teilweise auf das regnerische Wetter, teilweise jedoch auf „marktordnende“ Maßnahmen der Verkäufer und eine restriktive Importpolitik staatlicher Stellen zurückzuführen sein.

Neben den durch besondere Mangellagen und monopolistische Angebotsmanipulationen verursach-

²⁾ Die Tarife der Autobuslinien sind praktisch nur dann gültig, wenn ihnen das Verkehrsministerium zu diesen entweder direkt als Aufsichtsbehörde (über Linien, die zwei oder mehrere Bundesländer berühren) oder durch die weisungsgebundenen Landesbehörden (bei Linien innerhalb eines Bundeslandes) seine Zustimmung erteilt. Diese Befugnis kann ebensogut als Mindestpreis- als auch als Höchstpreisregelung angewendet werden.

ten Preiserhöhungen sind aber auch bereits stärkere *Preissenkungen* wirksam. Sie beschränken sich allerdings vorläufig überwiegend auf Preise und Kurse auf reagiblen Märkten. Ende Juli erreichten die „schwarzen“ Devisenkurse mit 420 (gegenüber 450 Ende Juni; März 1938 = 100) einen neuen Tiefstand¹⁾. Die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum sanken bis Mitte August durchschnittlich um 3·6% (nur der Goldpreis blieb unverändert). Auch die „schwarzen“ Nahrungsmittelpreise gingen im selben Zeitraum um insgesamt 7·8% zurück (von 770 Mitte Juli auf 710 Mitte August; März 1938 = 100). Der Abstand zwischen den offiziellen und den „schwarzen“ Nahrungsmittelpreisen verminderte sich dadurch von 60 auf 50% der offiziellen Preise. Für Brot, Mehl und Mahlprodukte (auch für weiße Semmeln) besteht praktisch nur noch ein Preis. Die Bewirtschaftung dieser Waren ist daher überflüssig geworden²⁾.

Die *Lebenshaltungskosten* in Wien nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema gingen erstmalig nach dem dritten Preis-Lohn-Abkommen wieder zurück. Die nur teilweise saisonbedingte Senkung beträgt 1% (von 508·8 auf 503·7; April 1945 = 100)³⁾. Der Preis für Eier sank um 4%, für Äpfel um 25%, für Kartoffeln um 8%, für Kaffee um 17% und für Malzkaffee um 14%. Dagegen ist der Spinatpreis um 13% und der Reispreis um 42% gestiegen. Durch die Senkung des Gesamtindex verminderte sich der Abstand gegenüber dem Index der Arbeiter-Nettotariflöhne von 22·2% auf 20·9%.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 328

In der 56. Zuteilungsperiode (18. VII. bis 14. VIII. 1949) ist die Eigenaufbringung von *Mehl* saisonbedingt weiter zurückgegangen. Der hohe Zuschußbedarf (nur 4% des Bedarfs stammten aus der Eigenaufbringung) konnte jedoch durch ausländische Lieferungen leicht ausgeglichen werden. Aus der zunehmenden Produktion von Butter sowie von Speisefett, Öl und Margarine und der gesteigerten Einfuhr von Fertigfetten (insbesondere Schmalz) konnten Fettreserven geschaffen werden, die eine lückenlose Fettversorgung ermöglichten. Die Fett-

¹⁾ Der Rückgang gegenüber dem Vormonat beträgt 7%, gegenüber Jahresende 1948 37% und gegenüber Jahresende 1947 71%.

²⁾ Ab Mitte September sollen Brot, Teigwaren, Weizen Grieß, Käse und Seefische freigegeben werden.

³⁾ Die Indexziffern sind noch nicht endgültig. Die noch nicht in Kraft getretene rückwirkende Erhöhung des Reinigungsgeldes für Hausbesorger wird die Juni-, Juli- und August-Ziffern noch etwas erhöhen.

rationen wurden rechtzeitig (meist im voraus) in einer den Konsumentenwünschen weitgehend entsprechenden sortenmäßigen Zusammensetzung erfüllt. Auch die *Zucker- und Nahrungsmittelversorgung* vollzog sich klaglos.

Dagegen bereitete die *Fleischversorgung* auch weiterhin Schwierigkeiten. Die im Wiener Versorgungsplan entstandene Fehlmenge von 1.585 t Fleisch (88% des Bedarfs) konnte zwar durch die langsam anlaufenden Lieferungen aus dem mit Frankreich abgeschlossenen Importgeschäft von 10.000 Fettschweinen sowie durch Rindfleischkonserven aus ERP-Lieferungen gedeckt werden. In einzelnen Bundesländern jedoch (insbesondere in Tirol) war zu offiziellen Preisen überhaupt kein Fleisch auf Bezugsmarken zu haben, so daß die Konsumenten auf den verhältnismäßig reich besetzten Schwarzen Markt angewiesen waren. Auch in Wien nahm das Angebot von Frischfleisch und Wurst zu Schwarzmarktpreisen, die hier etwa um 50 bis 100% über den amtlichen liegen, ständig zu. Trotz dem wachsenden Angebot auf dem Schwarzen Markt hat die Mehrheit der Produzenten ihre Ablieferungskontingente zeitgerecht erfüllt. Bis Ende Juni waren insgesamt nahezu 50% des Kontingents — bei einzelnen Fleischarten sogar weit mehr — erfüllt worden. Da die Schlachtviehablieferungen im Herbst saisonbedingt steigen, kann — mit Ausnahme von Schweinefleisch — sogar mit einer Überlieferung der Kontingente gerechnet werden.

Fleischablieferung in Österreich
im 1. Halbjahr 1949¹⁾

Fleischart	Jahreskontingent	Ablieferung	Ablieferung in % des Kontingents
Rindfleisch	39.516	22.832·9	57·7
Kalbfleisch	10.837	6.867·4	63·3
Schweinefleisch	23.526	4.242·4	18·0
Schafffleisch	1.090	222·1	20·3
Pferdefleisch	851	668·4	78·5
Fleisch insgesamt	75.820	34.833·2	45·9

¹⁾ Nach Angaben des Österreichischen Viehwirtschaftsverbandes.

Nach der weiteren Zunahme der *Milchablieferung* im Juni (um 4% bezogen auf den Tagesdurchschnitt) trat nach vorläufigen Meldungen im Juli infolge des lebhaften Urlauberverkehrs in den Produktionsgebieten sowie infolge des Mehrverbrauchs im Erzeugerhaushalt zur Erntezeit wieder ein leichter Rückschlag ein (um etwa 2% bezogen auf den Tagesdurchschnitt). Durch die geringere Milchaufbringung und die Verpflichtung des Landes Salzburg, für die Alpzeit Milch nach Tirol und Kärnten

zu liefern, mußten in der zweiten Julihälfte auch die Milchzufuhren nach Wien gedrosselt werden. Man vermied es jedoch, die Milchzuteilungen zu kürzen — die vorgesehenen Milchrationen wurden weiterhin erfüllt — und schränkte dafür die Erzeugung von Milchprodukten ein. Nur die Magermilchzuteilungen mußten wegen der Hitze zugunsten einer gesteigerten Topfenproduktion etwas eingeschränkt werden. Allerdings ergaben sich beim Topfen wegen der hohen Preise (je nach Fettgehalt 6·41 bis 7·75 S je kg) in Wien vereinzelt Absatzschwierigkeiten.

Die bestehenden Nahrungsmittelvorräte gestatteten es, die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel weiter zu vereinfachen. Von der 57. Zuteilungsperiode an (15. August 1949) wurde auch in Wien der Rayonierungszwang für alle Nahrungsmittel — ausgenommen Milch — aufgehoben. Da dadurch der Handel der Verpflichtung zur Belieferung der Kunden enthoben wurde, besteht allerdings bei einigen knappen Lebensmitteln, insbesondere bei Fleisch, die Gefahr, daß die Konsumenten zu offiziellen Preisen nicht beliefert werden. Um ihre Stammkundschaft davor zu schützen, führen einzelne Geschäfte weiterhin eine Rayonierung durch. Außerdem soll ab 12. September die Rationierung von Brot, Teigwaren, Weizengrieß, Käse und Seefischen aufgehoben werden.

Auf dem freien Nahrungsmittelmarkt sind die Eierpreise dank verstärkten Importen aus Ungarn, Bulgarien und Frankreich leicht gesunken (in Wien fiel der Preis von S 1·35 auf S 1·20 je Stück). Das Obstangebot auf den Wiener Märkten war im Juli um rd. 4.000 g größer als im Vormonat und um rd. 160% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Gemüseanlieferungen gingen dagegen

um nahezu 3.000 g zurück und lagen um 23% tiefer als im Juli 1948. Der verschiedenen Angebotsentwicklung entsprechend sind die Obstpreise im allgemeinen bedeutend niedriger als im Vorjahr, während die Gemüsepreise meist nur wenig unter den Vorjahrespreisen liegen. Die Kartoffelpreise sind im Juli um durchschnittlich 45% (von S 1.— Ende Juni auf 50 bis 60 g Ende Juli) gefallen, obwohl das Kartoffelangebot um 22% zurückgegangen ist. Dies deutet auf einen starken Nachfragerückgang hin, der vermutlich durch die bessere Versorgung mit Reis und Teigwaren ausgelöst wurde. Die geringe Nachfrage sowie die Hoffnung, im Herbst doch noch bessere Preise zu erzielen, veranlaßte die Produzenten, mit der Anlieferung von Frühkartoffeln zurückzuhalten.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu: Statistische Übersichten S. 328

In vielen Gebieten Österreichs konnten die Erntearbeiten trotz Arbeitskräftemangel noch vor der von 10. bis 20. August dauernden Regenperiode beendet werden. Dagegen verursachten die übermäßigen Niederschläge¹⁾ in den mittleren und höheren Lagen mit späterer Vegetationsreife — wie vor allem in Teilen des Waldviertels und des Alpenvorlandes — erhebliche Auswuchsschäden. Aber auch in den tiefen Lagen waren vereinzelt die zuletzt geschnittenen Getreidearten, wie Sommerweizen und Hafer, noch nicht eingebracht. Die Ernteschäden sind hier beträchtlich, da bereits Weizen- und Roggenpartien mit einem relativ niedrigen Prozentsatz an Auswuchskörnern nicht mehr mahlfähig sind und verfüttert werden müssen. Auch durch Überschwemmungen und Vermürungen entstanden stellenweise empfindliche Verluste an Erntegut. Die Früchte von Steinobst platzten vielfach infolge des anhaltenden Regens. Besonders stark litt das Weidevieh auf den höheren Almen durch Kälte und Schnee.

Andererseits wurde durch die hohe Bodenfeuchtigkeit besonders das Wachstum der Stoppelsaaten (Zwischenfrüchte), der Kleeschläge, der Wiesen und Weiden sowie der Zucker- und Futterrüben gefördert. Diese Kulturen werden daher voraussichtlich besonders gute Erträge liefern. Nur bei Kartoffeln könnten Nässeschäden durch Faulen der Knollen auftreten, wenn es weiterhin stark regnet.

Die Bedingungen für den *Herbstanbau* sind heuer dank hoher Bodenfeuchtigkeit und ausreichenden Vorräten an Handelsdünger günstig. Saatgut ist

Verbraucherpreise einzelner Obst- und Gemüsesorten in Wien¹⁾

Obst- bzw. Gemüseart	1948		1949	
	26. 7.	1. 8.	25. 7.	31. 7.
	Schilling je kg			
Kohl	1'00	— 3'00	0'80	— 1'40
Kraut	0'60	— 1'50	0'40	— 0'70
Karotten	0'30	— 1'50	0'90	— 1'60
Karfiol	1'00	— 6'00	1'00	— 3'00
Kohlrabi	0'60	— 1'50	0'50	— 1'00
Fisolen	1'00	— 4'00	1'00	— 3'00
Zwiebel	2'00	— 2'70	1'00	— 2'00
Gurken	2'00	— 5'00	2'00	— 3'60
Paradeiser	3'00	— 4'00	2'40	— 6'00
Äpfel (ital.)	4'04	— 5'64	3'00	— 4'80
Birnen	1'90	— 8'00	1'80	— 3'60
Pfirsiche	12'00	— 14'00	5'60	— 7'20
Ringlotten	4'00	— 10'00	3'00	— 4'60
Zwetschken	10'00	— 14'00	3'70	

¹⁾ Nach den Wochenausweisen des Marktamtes der Stadt Wien.

¹⁾ Zwischen dem 10. und 17. August fielen zumeist zwei- bis dreimal soviel Niederschläge wie im langjährigen Monatsdurchschnitt.

noch verhältnismäßig knapp. Immerhin ist heuer mit einem größeren Angebot zu rechnen, da durch die Vereinheitlichung der Getreidepreise kaum mehr die Gefahr besteht, daß Saatgut für Konsumzwecke verwendet wird, wie dies im Vorjahr in größerem Ausmaß der Fall war, als der Überkontingentpreis für Getreide über dem Saatgutpreis lag. Verbilligte Saatgutpreise und die nunmehr beim Saatgutbezug wegfallende Verpflichtung zur Lieferung der gleichen Menge Brotgetreide werden auch die Nachfrage stark beleben. Da der (freie) Preis für Weizen bedeutend höher ist als für Roggen, dürfte heuer mit einer Ausdehnung der Weizenanbaufläche zu rechnen sein.

Die Preise für Futtergetreide zeigen dank einem erhöhten Angebot eine sinkende Tendenz¹⁾. Dadurch wird die bis zur Ernte beobachtete Preisdisparität zwischen Brot- und Futtergetreide (die Futtergetreidepreise lagen teilweise erheblich über denen für Brotgetreide) zunehmend verengt. Die Gefahr, daß größere Mengen von Brotgetreide verfüttert werden, ist damit jedoch nur teilweise beseitigt. So ist „ausgewachsenes“ Brotgetreide überhaupt nur über den Tiermagen verwertbar. Die Ablieferungsbereitschaft wird zudem dadurch vermindert, daß die ERP-Abgabepreise und die freien Preise für Futtergetreide gegenüber dem Kontingentpreis von Weizen noch immer zu hoch sind. Andererseits dürften aber auch erhebliche Mengen Weizen zum höheren Überkontingentpreis abgesetzt werden, ohne daß die Kontingente erfüllt werden, da eine lückenlose Überwachung und Kontrolle der Geschäftsfälle nicht möglich ist.

Ergebnisse der Viehzählung vom Mai 1949

Nach der Schweinezählung vom 15. Mai 1949 ist der Schweinebestand von 1·27 Mill. Stück im März auf 1·43 Mill. Stück im Mai 1949 gestiegen. Er hat damit den höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Obwohl die Zunahme des gesamten Schweinebestandes kaum das saisonbedingte Ausmaß überschreitet, ist doch aus der veränderten Struktur des Bestandes eine Intensivierung der Schweinehaltung zu erkennen. Während es im Mai 1949 insgesamt nur um rd. 23.000 oder 2% mehr Schweine gab als vor einem Jahr, ist die Zahl der

¹⁾ So fielen die Preise für Hafer je 100 kg von S 115,— im Juni auf S 83,— im August, für Gerste von S 200,— (Überkontingent) auf S 85,— (Braugerste S 110,—). Während ERP-Mais rd. S 94,— und Hafer S 77,— kostet, wird Roggen in- und außerhalb des Kontingents mit S 75·60 und Weizen im Kontingent mit S 85·70, im Überkontingent mit S 110,— bezahlt.

Ferkel um 77.000 (27%) und die der trächtigen Zuchtsauen um 17.000 (15%) gestiegen. Die Zahl der erfaßten Schlacht- und Mastschweine war dagegen um 16% und die der Jungschweine um 4% niedriger als im Vorjahr, obgleich auf Grund der abgeschlossenen Mastverträge erwartet wurde, daß zumindest der Bestand an Jungschweinen steigen wird. Auf Grund des relativ hohen Bestandes an Ferkeln und trächtigen Zuchtsauen dürfte der Schweinebestand bis zum Dezember 1949 auf etwa 1·9 Mill. Stück steigen. Das wären rund 70% von 1938 (gegenüber 56% Ende 1948) und überträfe das im Long-term-Programm für Ende 1949 gesteckte Ziel von 1·8 Mill. Stück um rd. 100.000²⁾.

Entwicklung des Schweinebestandes¹⁾

Tierart	15. VI.	3. VI.	15. V.	1949 in % von 1948
	1946	1948	1949	
	15. V. 1947 = 100			
Ferkel	88	102	129	127
Jungschweine	83	114	109	96
Zuchtsäue	79	90	95	105
davon trächtig	72	89	102	115
Schlacht- u. Mastschweine	82	111	94	84
Schweine insgesamt	83	105	107	102

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes.

Die Bestandsveränderungen waren nicht in allen Bundesländern einheitlich. Im Burgenland (—7%), in der Steiermark (—6%) und in Kärnten (einschließlich Osttirol) (—2%) wurde der Bestand sogar niedriger angegeben als im Vorjahr, da in diesen Gebieten die Zahl der Schlacht- und Mastschweine besonders stark abnahm (—49%, —26%, —25%). Niederösterreich und Oberösterreich haben dagegen ihren Schweinebestand beträchtlich erhöht (+3%, +9%). Der Anteil Nieder- und Oberösterreichs am Gesamtferkel- (Zuchtsauen-) Bestand stieg von 48% auf 51% (von 59% auf 60%). In der Steiermark war die Zunahme an Ferkeln mit 7% relativ gering. In Kärnten nahm die Zahl der trächtigen Zuchtsauen gegenüber dem Vorjahr sogar um

²⁾ Die jüngst von offizieller Seite vertretene Meinung, der Schweinebestand habe bereits wieder den Vorkriegsstand erreicht, wird durch die Zählungsergebnisse nicht erhärtet. Wenn der Bestand in Wirklichkeit auch höher sein dürfte als ihn die Statistik nachweist — verschiedene Unstimmigkeiten deuten darauf hin —, so fehlte doch bisher die Futtergrundlage für eine derartige Ausweitung. Es scheint, daß die in der ersten Nachkriegszeit von landwirtschaftlichen Stellen verfolgte Politik, die landwirtschaftliche Produktion möglichst vorsichtig einzuschätzen, in das Gegenteil umschlägt. Man erwartet offenbar, daß hohe Produktionsergebnisse den Forderungen der Landwirtschaft nach Aufhebung der Bewirtschaftung bzw. nach Drosselung der Nahrungsmittelimporte und Einführung von Schutzzöllen mehr Nachdruck verleihen werden.

3% ab. Die höheren Bestände in den vorwiegend ackerbautreibenden Gebieten Österreichs sind naturbedingt, da diese über die größten Futterreserven für Schweine verfügen.

Veränderungen im Bestand an Ferkeln und trächtigen Zuchtsauen¹⁾

Gebiet	Ferkel			Zuchtsäue, trächtig		
	1948	1949	in 1949 in % v. 1948	1948	1949	in 1949 in % v. 1948
Österreich insges.	2847	3616	127.0	1092	1258	115.2
0/0	100.0	100.0		100.0	100.0	
davon Nieder- und Oberösterreich	1378	1854	134.5	643	750	116.7
0/0	48.4	51.3		58.8	59.6	
übriges Österreich	1469	1761	119.9	450	508	113.0
0/0	51.6	48.7		41.2	40.4	

¹⁾ Nach den Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes; Zählungen am 3. Juni 1948 und am 15. Mai 1949.

Der Rindviehbestand stieg von 2,108.510 Stück im Dezember 1948 auf 2,124.923 Stück im Mai 1949. Trotz der geringfügigen Zunahme (um 16.413 Stück oder 0.8%) ist er jedoch noch immer um 29.655 Stück niedriger als im März 1948. Die kurzfristigen Veränderungen des Bestandes sind infolge des langsamen Wachstums der Rinder sehr gering. Ein deutlich steigender Trend, der auf längere Sicht auf Grund der zur Zeit überaus günstigen Futterlage zu erwarten ist, wird sich frühestens nach der kommenden Abkalbungssaison (im Frühjahr 1950) abzeichnen.

Im einzelnen nahm gegenüber Dezember 1948 der Bestand an Jungvieh (+2%), Kalbinnen (+2%), Milchkühen (+1%) und Zuchtstieren (+1%) zu, während sich die Zahl der Kälber (-1%), Ochsen (-2%) und Schlacht- bzw. Mast-rinder¹⁾ (-34%) verringerte. Regional gab es nur unbedeutende Verschiebungen: in Tirol, Steiermark und Kärnten blieb der Bestand stationär, während er in den übrigen Bundesländern mit Ausnahme Vorarlbergs (-4%) um 1 bis 5% stieg. Gegenüber März 1948 (vorletzte Zwischenzählung) wurden mehr Kälber, Jungrinder und Schlachtvieh gezählt, dagegen weniger Kalbinnen, Kühe, Stiere und Ochsen.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 329—330

Der inländische Stromverbrauch konnte im Juli dank einer etwas höheren Produktion (um rund 8 Mill. kWh) und einem geringeren Export

¹⁾ Der in der Statistik aufscheinende relativ stärkere Rückgang an sogenannten „Schlacht- und Mastrindern“ fällt jedoch nicht ins Gewicht, da die zur Schlachtung kommenden Tiere überwiegend bei den Kühen, Ochsen, Stieren usw. erfaßt sind.

um rund 5% (von 307 Mill. kWh auf 323 Mill. kWh) gesteigert werden. 10% des Verbrauches (33.6 Mill. kWh), d. s. mehr als sechsmal soviel wie im gleichen Monat des Vorjahres, mußten in kalorischen Kraftwerken erzeugt werden.

Die starken Regenfälle im August haben an verschiedenen Kraftwerken und Baustellen geringfügige Schäden angerichtet, die jedoch die Stromerzeugung kaum beeinträchtigt haben.

Im Juli wurde der Energieschaltplan vom Energieverteilungs-Direktorium neu bearbeitet. Unter Beibehaltung der vier Schaltstufen wurde die Höhe und Verteilung der Kontingente den seit dem letzten Winter veränderten Produktions- und Exportbedingungen angepaßt. Es steht jedoch heute schon fest, daß nur unter günstigen Witterungsbedingungen die Schaltstufe III während des ganzen Winters durchgehalten werden kann. Außerdem müßte Vorsorge getroffen werden, daß die zugestandenen Kontingente besser als im letzten Winter eingehalten und nicht durch Zahlung von Mehrgebühren und Strafen umgangen werden. Sollte dagegen eine längere Frostperiode einsetzen oder die Wasserführung der Flüsse mangels ausreichender Regenfälle unter den langjährigen Durchschnitt sinken, so dürften neue einschneidende Sparmaßnahmen notwendig werden, da die Kapazität der Kraftwerke gegenüber dem letzten Winter nur unbedeutend, der Strombedarf jedoch infolge des höheren Produktionsniveaus stark gestiegen ist.

*Stromerzeugung und Verbrauch
in Mill. kWh*

	Wasser- kraftwerke	Dampf- kraftwerke	Insgesamt	Verbrauch
1948 Ø	306.0	45.0	351.0	277.7
1949 I.	156.7	121.0	277.7	289.2
III.	193.4	96.8	290.2	289.5
VI.	372.9	28.8	401.7	307.4
VII.	375.4	33.6	409.0	322.8

In der Kohlenversorgung ist im Juli keine Änderung eingetreten. Die Einfuhr blieb fast unverändert auf dem niedrigen Stand vom Juni (137% von 1937). Die inländische Förderung stieg allerdings um fast 12%. Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Juli 532.000 t Kohle (Steinkohlenbasis) zur Verfügung, das sind 129% von 1937.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 331—336

Die industrielle Produktion entwickelte sich im Juni weiterhin günstig. Jene Industriezweige, die bisher stark zurückgeblieben waren (vor allem die Konsumgüterindustrien), holten auf und nähern sich

allmählich dem allgemeinen Produktionsniveau. Der Gesamtindex der industriellen Produktion ist von Mai bis Juni um 1% (von 126,4 auf 127,7; 1937 = 100) gestiegen, gegenüber durchschnittlich 7% in den ersten fünf Monaten des Jahres 1949. Auch im Juli dürfte sich das allgemeine Produktionsniveau kaum nennenswert geändert haben. Die Verlangsamung des Produktionsanstieges ist saisonmäßigen Einflüssen zuzuschreiben. Die jahreszeitliche Produktionsentwicklung der vergangenen drei Jahre läßt den Schluß zu, daß der Produktionshöchststand trotz steigendem Trend in diesem Jahre bereits erreicht ist. Gegen Jahresende dürfte wieder ein leichter Rückschlag eintreten, dessen Ausmaß von den Stromschwierigkeiten im kommenden Winter abhängen wird.

Der Index der Produktivität war im Juni mit 85,7 (1937 = 100) ungefähr gleich hoch wie im Vormonat Mai (85,8). Die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen ausgelösten und nunmehr in fast allen Zweigen wirksam gewordenen Preiserhöhungen haben die Produktionsentwicklung bisher nur unbedeutend beeinflusst. Die laufende Nachfrage sowie die Auftragsbestände sind trotz Preiserhöhungen befriedigend. Von den meisten Betrieben wird noch immer Kassazahlung und zum Teil sogar Vorauszahlung gefordert. Nur der Handel gewährt vielfach bereits längere Ziele. Branchen, die noch Preiserhöhungen beabsichtigen, halten vielfach mit der Auslieferung der Waren zurück.

Die Produktion der einzelnen Industriezweige unterlag sowohl im Juni als auch im Juli (soweit bisher Produktionsmeldungen verfügbar sind) nur geringfügigen Schwankungen.

Der Gesamtindex des *Bergbaues* ging im Juni infolge geringerer Kohlenförderung auf 105,8% (Mai 107,3) zurück. Die Produktion der übrigen Bergbauzweige blieb jedoch nahezu unverändert.

Die *Eisenhüttenindustrie*, deren Produktion im Juni wegen verschiedener Großreparaturen und zum Teil auch aus Strommangel zurückgegangen war, hat den Rückstand im Juli zum größten Teil wieder aufgeholt. Auch die *Magnesitindustrie* produzierte im Juli wieder 40% mehr als 1937.

In der *Fahrzeugindustrie*, die im Juni 155% von 1937 produzierte, steigt vor allem die Erzeugung von Autobussen, Motorrädern und Fahrrädern, während die Traktorenproduktion ständig zurückgeht.

Die *Baustoffindustrie* hat ihre Erzeugung weiter gesteigert. Die Saisonbetriebe sind nun voll beschäftigt.

Die *Konsumgüterindustrien* holen allmählich auf. Die Textilproduktion steigt, wenn auch langsam, seit einigen Monaten ununterbrochen und die Schuherzeugung hat im Juni mit über 400.000 Paar Lederschuh den bisher höchsten Stand erreicht.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 337

Nach dem empfindlichen Rückgang im Juni haben sich die Umsätze im Juli neuerlich erhöht. Die Erlöse der Wiener Warenhäuser stiegen um 9% und die der Konsumgenossenschaften sogar um 17%. Im Vergleich zum April war der wertmäßige Absatz allerdings trotz Preissteigerungen meist nicht höher, als nach den saisonüblichen Umsatzenschwankungen zu erwarten gewesen wäre. So sind in der Konfektionsbranche die Juli-Umsätze in Normaljahren um etwa 20 bis 40% niedriger als im April, während der Rückgang im Jahre 1949 etwa 30% betrug. Der übersaisonmäßige Rückgang der Umsätze im Juni wird durch die Steigerung im Juli und die starke Belegung in den ersten Monaten dieses Jahres mehr als wettgemacht.

Saisonale und tatsächliche Umsatzentwicklung

Monat	Damenkonfektion		Herrenkonfektion		
	Saisonindex ¹⁾	1949	Saisonindex ¹⁾	1949	
		Jänner = 100			
II.	126	160	80	127	
III.	160	254	146	185	
IV.	181	339	189	264	
V.	180	337	173	273	
VI.	149	235	156	165	
VII.	113	243	139	193	

¹⁾ Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Der lebhaftere Geschäftsgang im Juli dürfte auf verschiedene Ursachen zurückzuführen sein. So hat u. a. die Wetterbesserung im Juli viele Konsumenten veranlaßt, die im Juni unterlassenen Sommereinkäufe teilweise nachzuholen. Auch die Auszahlung der ersten Hälfte des 13. Monatsgehaltes hat die Nachfrage verstärkt. Weiters haben die Preiserhöhungen als Folge des dritten Preis-Lohn-Abkommens mitgewirkt; sie konnten sich bei gewerblichen Gütern meist erst im Juli durchsetzen. Im Textilhandel haben die zahlreichen Saisonverkäufe zu reduzierten Preisen eine erhöhte Kauflust ausgelöst, während die Nachfrage in der Möbelbranche durch das verstärkte Anlaufen der Hausratakion und die Ausweitung des Ratengeschäftes gestützt wird.

Die Umsatzzunahme war branchenweise sehr verschieden. In den Wiener Warenhäusern stieg der Umsatz bei Textilien um 4%, bei Möbeln und Haus

rat um 28% und bei sonstigen Waren um 34%. Im Nahrungsmittelgeschäft erhöhten sich die Erlöse um 16%. Bemerkenswert ist die relativ starke Belebung der Nachfrage nach Möbeln und Hausrat, deren Index mit 203 (Jänner 1949 = 100) weit über dem der anderen Branchen liegt, sowie in der Gruppe „Sonstiges“ (Lederwaren, Reisebedarf, Papierwaren, Sportartikel). Da die Umsätze dieser Branchen auch im Juni weniger zurückgingen als in den übrigen Zweigen, scheint sich im Gegensatz zum ersten Halbjahr 1949 eine *Verlagerung der Käufe von Textilien und Bekleidung auf dauerhafte bzw. entbehrlichere Konsumgüter* anzubahnen. Diese Entwicklung könnte allerdings durch die reale Einkommensverminderung des dritten Preis-Lohn-Abkommens aufgehalten werden.

*Entwicklung der Umsätze Wiener Warenhäuser
im Jahre 1949*

Monat	Textilien und Bekleidung	Möbel und Hausrat	Sonstiges	Insges.
	Jänner = 100			
II.	121	119	114	120
III.	182	169	155	178
IV.	205	163	167	198
V.	247	236	199	240
VI.	152	158	132	150
VII.	158	203	177	163

Die Umsatzsteuereinnahmen im Juli bestätigen weitgehend die im letzten Bericht aufgezeigte Umsatzschrumpfung im Juni. Infolge verschiedener Nachtragszahlungen für die Vormonate und der Abrechnung der vierteljährlich zahlenden Unternehmen sind zwar die Umsatzsteuereinnahmen zu den alten Sätzen etwas höher als im Vormonat. Die Einnahmen aus dem 50%igen Zuschlag zur Umsatzsteuer lassen — sofern sie vollständig sind — jedoch erkennen, daß die Umsätze im Juni um 40% niedriger als im Vormonat gewesen sein dürften. Die Verbrauchssteuereinnahmen sind dagegen infolge der saisonbedingten Zunahme des Bierabsatzes sowie der relativ günstigen Tabaksteuereingänge nur um 2% gefallen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 338—340

Die Zahl der *Krankenversicherten* hat im Juli 1.943.800 betragen; sie war um 10.500 (0,5%) größer als im vorangegangenen Monat und um 27.300 (1,4%) größer als im Juli 1948.

Gegen Juni 1949 ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern *vorgemerkten Stellensuchenden* im Juli um 4.434 auf 76.211 zurückgegangen. 38.685 Stellen konnten an Arbeitswillige vermittelt werden.

46.320 Personen (das sind um 3.349 weniger) empfangen die *Arbeitslosenunterstützung* (an verfügbaren Arbeitslosen wurden 67.676 gezählt). Im Vergleich mit Juli 1948 waren im Berichtsmonat 24.520 Stellensuchende mehr bei den Arbeitsämtern vorgemerkt, während die Anzahl der offenen Stellen um 5.727 gesunken ist.

Aus den Zahlen der Krankenversicherten und der vorgemerkten Stellensuchenden geht hervor, daß dem Arbeitsmarkt seit vergangenem Sommer etwa 50.000 (bzw. 2,5%) Arbeitskräfte zugeströmt sein dürften. (Der genaue Zuwachs läßt sich nicht ermitteln, da ein Teil der durch die Arbeitsämter stellensuchenden Personen in Arbeit steht und daher auch bei der Krankenversicherung erfaßt wird. Außerdem sucht eine Reihe unbeschäftigter Arbeitswilliger — vor allem aus den Angestelltenberufen — nicht bei den Arbeitsämtern um Stellenvermittlung an.) Im gleichen Zeitraum wanderten rund 12.000 land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte in die gewerbliche Wirtschaft — vor allem als Bauhilfsarbeiter — ab. Daher hat kürzlich der Ministerrat beschlossen, daß Auftragnehmer öffentlicher Arbeiten, öffentlich-rechtliche Dienststellen und verstaatlichte Betriebe verhalten werden, nur jene Arbeitskräfte zu verwenden, die „ständig dem Kreise der industriell-gewerblichen Arbeiterschaft angehören und auch dort versicherungszuständig sind“.

Von der unselbständig erwerbstätigen Bevölkerung Österreichs (Gesamtzahl der krankenversicherungspflichtigen Personen) waren im Juli 1949 3,9% Stellensuchende (5,2% Stellensuchende einschließlich vorgemerkter Lehrstellensuchender) und 2,4% unterstützte Arbeitslose¹⁾. Dieser Prozentsatz muß angesichts der strukturellen Unausgeglichenheit der österreichischen Wirtschaft als sehr gering bezeichnet werden.

Der Anteil der unterstützten Arbeitslosen an der gesamten unselbständig erwerbstätigen Bevölkerung ist in Österreich allerdings mehr als doppelt so hoch wie in England und in der Schweiz. Diese Länder konnten trotz verschiedenen Schwierigkeiten (in der Schweiz zeichnet sich bereits ein Konjunkturrückgang ab und England hat mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen) einen ungewöhnlich hohen Beschäftigungsstand sichern. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Unterstützungsleistungen

¹⁾ Das relativ starke Anwachsen der Zahl der unterstützten Arbeitslosen seit dem vergangenen Jahr um 26.564 Personen auf mehr als das Doppelte ist auf die Geldverknappung — Aufzehr der Geldreserven — zurückzuführen, die einen größeren Personenkreis veranlaßt hat, Unterstützungsansprüche geltend zu machen.

*Anteil der unterstützten Arbeitslosen an der unselbständig
erwerbstätigen Bevölkerung im Mai 1949*

Länder	Erwerbs- fähige Be- völkerung in 1.000	Unter- stützte Arbeitslose	Anteil in %
England	23.209 ¹⁾	280	1·2
Schweiz	557 ²⁾	5 ⁵⁾	0·9
Bi-Zone	12.083 ³⁾	1.216	10·1
Österreich	1.915 ⁴⁾	56	3·0

¹⁾ Central Statistical Office, Monthly Digest of Statistics, July 1949; gesamte, gegen Entgelt arbeitende arbeitsfähige Bevölkerung im Alter von 15 oder über 15 Jahren (einschließlich Stellensuchender und unterstützter Arbeitsloser).

²⁾ Schweizerische Nationalbank, Monatsbericht Juli 1949; Mitglieder der Arbeitslosenkassen.

³⁾ Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft und Statistik, Juli 1949; gesamte erwerbsfähige Bevölkerung einschließlich der unbeschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger.

⁴⁾ Krankenversicherungspflichtige.

⁵⁾ Gänzlich arbeitslose Kassenmitglieder (6.810 teilweise arbeitslose Kassenmitglieder wurden nicht berücksichtigt).

an Arbeitslose in Österreich zahlreicher gewährt werden als in den beiden Vergleichsländern. In der Bi-Zone Deutschlands hingegen, die seit der Währungsreform unter einer stärkeren Arbeitslosigkeit leidet, ist der Anteil der unterstützten Arbeitslosen an der erwerbstätigen Bevölkerung mit 10% weitaus höher als in Österreich.

Für die nächste Zeit ist kaum ein stärkerer Zustrom Arbeitswilliger auf den österreichischen Arbeitsmarkt zu erwarten. Der Zustrom noch ausstehender Heimkehrer sowie Zuwanderer aus dem Ausland wird durch die Auswanderung von DP's weitgehend wettgemacht werden. Auch die unterstützungsberechtigten Arbeitslosen dürften schon zum größten Teil ihre Ansprüche gestellt haben und als Stellensuchende vorgemerkt worden sein. Weitere Schwankungen der Arbeitslosigkeit sind daher im wesentlichen nur noch durch Änderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften zu erwarten.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 391—392

Die Transportlage der Bundesbahnen hat sich im Juni stark entspannt. Die Leistungen im *Güterverkehr* erreichten nur 498·3 Mill. Nutzlast-Tonnen-Kilometer gegenüber 577·6 Mill. im Mai. Der Rückgang ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß im Mai viele Verfrächter infolge der bevorstehenden Tarifreform Transporte vorweggenommen haben. Außerdem spielte der Rückgang der Einfuhrmenge (vor allem geringere Kohlenlieferungen aus Polen) und des Transitverkehrs eine Rolle. Im Transit ist

der Verkehr aus Polen und der ČSR nach Italien (Kohle) stark zurückgegangen. Die im Mai erreichten Rekordeinnahmen von rund 8·3 Mill. sfr. sanken im Juni auf 6·2 Mill. und im Juli auf 5·4 Mill. sfr. Der von Mai bis Juli um rund zwei Drittel gesunkene Kohlentransit dürfte sich erst in den Herbstmonaten wieder erholen.

Der *Personenverkehr* war im Juni trotz der beginnenden Urlaubszeit schwach. Nur im Wiener Direktionsbezirk war die Reisefrequenz stärker als in den Vormonaten. Die durchschnittliche Entfernung der Reisen hat sich etwas verlängert (die Zahl der geleisteten Tonnen-Kilometer ist um 1·2 Mill. gestiegen, während die verkauften Fahrkarten um 200.000 zurückgingen).

Die Entwicklung des Reiseverkehrs

	Verkaufte Fahrkarten		Anteil des Wiener Direktionsbezirk		Durchschnittl. Reisestrecke ¹⁾	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949
	Jänner 1948 = 100		in %		in km	
Jänner	100·0	98·4	37·6	41·5	83·1	103·6
Februar	94·0	100·5	38·5	40·5	86·2	92·1
März	120·4	103·7	39·9	43·3	82·7	103·2
April	109·0	111·7	38·5	43·8	93·5	97·6
Mai	136·0	104·8	43·1	42·1	81·4	110·8
Juni	129·0	104·5	42·4	46·6	86·0	113·8

¹⁾ Ohne Regiefahrkarten, deren Einbeziehung die durchschnittliche Entfernung um zirka 10% senken würde.

Infolge der Tarifreform sind die *Einnahmen* der Bundesbahnen im Juni trotz geringeren Leistungen um rund 18 Mill. S gestiegen. Je Nutzlast-Tonnen-Kilometer betrug die Einnahmenerhöhung im Güterverkehr 31% und im Reiseverkehr 11·9%. Das Zurückbleiben hinter den bedeutend stärker gestiegenen Tariftaxen (76·3% und 38·6%) erklärt sich im Personenverkehr aus der überdurchschnittlichen Länge der Reisestrecken, während im Güterverkehr relativ wenig Massengüter transportiert wurden, deren Frachtsätze besonders stark erhöht wurden. Außerdem sind die Ausnahmetarife zu berücksichtigen, die im Juni und Juli über das ursprünglich vorgesehene Ausmaß ergänzt und erweitert wurden. Wie weit das Transportvolumen wegen der Tarifierhöhungen abnehmen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht beurteilen.

Einnahmen der Bundesbahnen je Nutzlast-Tonnenkilometer

	Insgesamt	Güter- verkehr in Groschen	Reise- verkehr
Mai	18·9	14·5	63·6
Juni	24·8	18·6	71·2
Steigerung in %	31·2	31·0	11·9
Durchschnittl. Tarif- erhöhung in %	—	76·3	38·4

Ab 1. August 1949 gelten im Verkehr zwischen der Schweiz einerseits und Österreich, Jugoslawien und Ungarn andererseits neue Verbandstarife, die eine weitere Belebung des österreichischen Transitverkehrs erwarten lassen. Dagegen dürfte der ab 16. August geltende deutsch-italienische Verbandstarif eher zu einem Rückgang des Transits durch Österreich führen.

Der vom Speditionsgewerbe heftig bekämpfte bahneigene Rollfuhrdienst wurde von den Bundesbahnen (auf Grund nicht veröffentlichter Rentabilitätsberechnungen) bedeutend erweitert. Zum 30. September wurden auch in Linz und Klagenfurt die Rollfuhrverträge gekündigt, so daß nunmehr in allen Landeshauptstädten ein bahneigener Rollfuhrdienst besteht. Es ist allerdings fraglich, ob die im Rollfuhrdienst eingesetzten Fahrzeuge der Bundesbahn voll ausgelastet werden können und ob das in Straßenzugehörigen investierte Kapital nicht einem vordringlicheren Bedarf zuzuführen wäre.

Der Güterverkehr auf der *Donau* (Linz—Regensburg) stieg im Juni und Juli sowohl bergwärts als auch talwärts. Die Talfracht bestand ausschließlich aus Ruhrkohle. In der Bergfahrt wurden die Restkontingente aus dem Roheisenkontrakt mit der VOEST verfrachtet. In den kommenden Monaten ist kaum mit Rückfrachten zu rechnen, da die vereinbarten Roheisenexporte ausgeliefert sind und nach Düngemitteln in Deutschland keine Nachfrage besteht.

Donauschiffsverkehr

	Talfahrt	Bergfahrt	Insgesamt
April	56.282	7.000	53.282
Mai	63.655	15.748	79.403
Juni	66.808	29.905	96.713
Juli	80.414	18.131	98.545

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 343—344

Die *Ausfuhr* erlitt im Juni neuerlich einen leichten Rückschlag. Insgesamt wurden Waren im Werte von 288,9 Mill. S exportiert, das sind um 2,4 Mill. S weniger als im Vormonat (291,3 Mill. S). Die *Einfuhr* hingegen stieg weiter beträchtlich und erreichte mit 392,4 Mill. S (gegenüber 341 Mill. S im Mai) den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Dementsprechend war der Einfuhrüberschuß mit 103,5 Mill. S erheblich größer als im vergangenen Monat (49,7 Mill. S).

Das Gesamtergebnis des zweiten Quartals 1949 zeigt, daß die Ausweitung des Außenhandels trotz vereinzelter Rückschläge noch anhält. Der Einfuhrwert war um 16% höher als im ersten Quartal und um 80% höher als im gleichen Zeitraum des Vor-

jahres. Die Ausfuhr erreichte 113% des ersten Quartals 1949 und 179% des zweiten Quartals 1948.

	Einfuhr in Mill. S	Ausfuhr in Mill. S
II. Quartal 1948	597,0	469,0
I. „ 1949	924,0	744,9
II. „ 1949	1.072,1	838,7

Die bedeutende Steigerung der handelsstatistisch erfaßten Einfuhr (kommerzielle Einfuhr einschließlich „drawing rights“) im Juni dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß Österreich bemüht war, möglichst alle Ziehungsrechte noch vor Ablauf des Abkommens über den innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr auszunutzen. Das im Oktober 1948 getroffene Abkommen hatte bekanntlich für Österreich 63,7 Mill. Dollar aktive und 3,1 Mill. Dollar passive Ziehungsrechte festgesetzt, die mit 30. Juni 1949 befristet waren. Durch die forcierte Einfuhr im Juni gelang es, die Österreich gewährten Ziehungsrechte mit 63,5 Mill. Dollar praktisch voll auszunutzen¹⁾.

Im Rahmen der passiven Ziehungsrechte waren österreichische Warenlieferungen im Werte von 400.000 Dollar an Griechenland, 700.000 Dollar an Schweden und 2 Mill. Dollar an Italien vorgesehen, die von den USA in freier Dollarwährung (als „conditional aid“ im Rahmen des ERP) bezahlt wurden. Italien hat allerdings die ihm gegenüber Österreich zustehenden Ziehungsrechte wegen der hohen österreichischen Exportpreise nicht beansprucht. (In einer ähnlichen Lage befinden sich andere europäische Länder, wie vor allem Großbritannien, deren passive Ziehungsrechte ebenfalls von den Partnerländern nicht voll ausgenutzt wurden.) Die OEEC (Organisation for European Economic Cooperation) in Paris hat bisher noch nicht entschieden, ob die unausgenutzten „drawing rights“ auf den innereuropäischen Zahlungsplan für 1949/50 übertragen werden können. Ebenso ist die Verrechnung jener im Rahmen der „conditional aid“ gewährten Dollarzuwendungen noch ungeklärt, die an Gläubigerländer geleistet wurden, ohne daß sie durch entsprechende Warenlieferungen an Schuldnerländer abgedeckt wurden.

In den Monaten Juli und August hat Österreich mit einer Reihe von Staaten Warenaustausch- und Zahlungsabkommen erneuert. Mit der *Schweiz* wurde ein Warenaustausch von rund 78 Mill. sfr. (innerhalb eines Jahres) vereinbart, der über das Schweizer

¹⁾ Die aktiven Ziehungsrechte lauteten auf Belgien 4,5 Mill. Dollar, Dänemark 0,1 Mill. Dollar, Frankreich 2,0 Mill. Dollar, Niederlande 1,0 Mill. Dollar, Großbritannien 25,0 Mill. Dollar, Norwegen 1,5 Mill. Dollar und die deutsche Trizone 29,6 Mill. Dollar.

Clearingkonto in Franken verrechnet wird. Kompensationsgeschäfte sind mit Zustimmung beider Vertragsstaaten grundsätzlich zugelassen, spielen aber nur eine untergeordnete Rolle.

Der ebenfalls für die Dauer eines Jahres abgeschlossene Warenaustauschvertrag mit der *deutschen Trizone* sieht österreichische Exporte im Werte von 36,3 Mill. Dollar (davon 27 Mill. Dollar reine Exporte, 1,2 Mill. Dollar unsichtbare Exporte, insbesondere Fremdenverkehrsleistungen und 8,1 Mill. Dollar Stromexporte) und Importe aus der Tri-Zone im Werte von 114,8 Mill. Dollar vor. Unter den Einfuhrgütern stehen Kohle mit 49,8 Mill. Dollar, Maschinen mit 19,2 Mill. Dollar und Chemikalien mit 13,4 Mill. Dollar an der Spitze. Das Handelsbilanzpassivum soll durch „drawing rights“ gedeckt werden. Da für Österreich ursprünglich nur 40 Mill. „drawing rights“ gegenüber Deutschland vorgesehen waren, muß um eine Erhöhung der Ziehungsrechte bei der OEEC auf 78 Mill. Dollar angesucht werden. Über das Ansuchen wird anlässlich der Verteilung der indirekten Dollarhilfe im September in Paris entschieden werden.

Warenaustauschabkommen und auf Verrechnungsdollar abgestellte Clearingverträge wurden

weilers mit der ČSR, mit *Polen* und der *Türkei* abgeschlossen. Durch die Festsetzung umfangreicher Kontingentlisten konnte das gesamte Volumen des Warenaustausches mit der ČSR auf 600 Mill. S jährlich und mit Polen auf 440 Mill. S jährlich erweitert werden. Das wichtigste Einfuhrgut aus diesen beiden Ländern ist die Steinkohle. Sie muß an die ČSR zu 25% und an Polen zu 28,5% mit freien Devisen bezahlt werden, während der Rest durch österreichische Exporte ausgeglichen werden kann. Die neue Vereinbarung bringt für Österreich eine beträchtliche Ersparnis an freien Devisen.

Schließlich hat Österreich ebenfalls im Juli 1949 mit *Indien* ein Warenaustauschabkommen paraphiert, das für die Dauer eines Jahres einen Umfang von 4,5 Mill. Pfund (österreichische Ausfuhr 2,2 Mill. Pfund und österreichische Einfuhr 2,1 Mill. Pfund) festlegt. Die Bezahlung der Warenlieferungen soll im Clearingwege im Rahmen des österreichisch-britischen Zahlungsabkommens erfolgen.

Eine Erweiterung der Kontingentlisten im Warenverkehr mit Bulgarien und Besprechungen mit Jugoslawien, Ungarn und südamerikanischen Staaten lassen eine weitere Ausdehnung des Warenverkehrs erwarten.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gütertarifreform der Österreichischen Bundesbahnen

Die Österreichischen Bundesbahnen haben Anfang Juni 1949 die Gütertarife um durchschnittlich 76,3% (ohne Ausnahmetarife) erhöht. Die aus der Gütertarifreform sowie aus einer durchschnittlichen Erhöhung der Personentarife um 38,6% erwarteten Mehreinnahmen sollen die durch das dritte Preis-Lohn-Abkommen entstandenen Kostenverteuerungen (Löhne, Kohle, Strom) decken und außerdem das für 1949 auf rund 450 Mill. S. geschätzte Defizit der Bundesbahnen um schätzungsweise 100 Mill. S. vermindern.

Der Versuch, das Defizit durch Tarifierhöhungen in engen Grenzen zu halten, ist keineswegs unproblematisch. Vom bahnwirtschaftlichen Standpunkt ist zu erwägen, inwieweit die Nachfrage nach Frachtraum der Bundesbahnen unelastisch ist und mit der Tarifierhöhung tatsächlich eine Steigerung der Einnahmen erwartet werden kann. Gesamtwirtschaftlich ist zu berücksichtigen, daß jede Änderung

der Gütertarife die Kosten- und Standortbedingungen der Wirtschaft verschiebt und, je nach dem Ausmaß der Tarifänderungen und je nach dem Anteil der Frachtkosten an den Gestehungskosten der einzelnen Güter, mehr oder weniger schwere Anpassungsprobleme aufwirft.

Die wichtigsten Tarifänderungen¹⁾

Die neuen Frachtsätze des Regeltarif sind im Durchschnitt um 76,3% höher als bisher. Da jedoch eine Reihe von Ausnahmetarifen¹⁾ ergänzt, erweitert oder neu eingeführt wurden, dürfte die Frachtkostenverteuerung insgesamt nur etwa 65% betragen. Die umfangreichen Ausnahmetarife sind allerdings nur als Übergangsmaßnahme gedacht und vorläufig bis Jahresende oder bis Mitte 1950 befristet.

¹⁾ Einzelheiten der Tarifreform siehe Zeitschrift „Verkehr“ Nr. 22/23, Juni 1949.